



Wider dem Pessimismus! Das Vertrauen in die Gestaltungskraft ist liberal

Auf Dreikönig hat der Bundesvorsitzende Philipp Rösler das Wort „Wachstum“ in den Vordergrund gestellt. Die Reaktionen waren unterschiedlich und kritisch: zu wenig konkret, zu einseitig, zu kalt, zu platt. Ich meine: kontrovers muss es sein. Es muss nicht konkret sein, um klar zu machen, dass die FDP vor allem ein Interesse haben muss: dass es mit Deutschland weiter vor- und aufwärts gehen soll. Es kann ruhig auch erst einmal „platt“ sein, damit es eingängig und diskussionsfordernd ist. Es ist variabel (und sollte es auch sein), da damit viel verbunden werden kann – und es kann auch deutlich machen, dass wir damit die FDP als Partei der Optimisten, der Wegbereiter und Entwickler, der Technikfreunde und Ideengeber, der Selbstdenker darstellen können. Natürlich muss der Begriff „Wachstum“ ausgestaltet und ausgefüllt werden, ein Programm ist der Begriff noch lange nicht. Die Ausgestaltung erfordert nicht die Verengung, sondern konkretes politisches Handeln und vernünftige, lebendige Streitkultur.

In letzter Zeit wurde „Wachstum“ vor allem negativ, einschränkend diskutiert – verschleiert durch den Begriff des „nachhaltigen Wachstums“: bei den Grünen, den Sozialdemokraten oder auch bei den



Hartfrid Wolff, MdB beim Neujahrsempfang der FDP Rems-Murr am 30. Januar 2012 im Reinhold-Maier-Saal der Barbara-Künkelin-Halle in Schorndorf bei seinem Grußwort Foto: Kiessling

Termine

06.02.2012 bis 10.02.2012

Deutscher Bundestag - Sitzungswoche

13.02.2012

Besuch THW in Künzelsau

22.02.2012 - FDP Hemmingen

Aschermittwochs-Heringessen in der Gemeinschaftshalle Hemmingen, 19 Uhr

27.02.2012 bis 02.03.2012

Deutscher Bundestag - Sitzungswoche

Unionsparteien wird auf den verschiedensten Foren oder in den vergleichbar gefärbten, politischen Stiftungen über „Wachstumsgrenzen“, über „Risiken des Wachstums“, „Wachstumsverlierer“, „Sollten wir nicht lieber wieder ökonomisch schrumpfen?“ oder „Wachstum ist ausbeuterisch“ diskutiert. Mit einem vergleichbaren Auftrag haben SPD, Grüne und Linke im Bundestag eine eigene Enquete-Kommission mit einem staatsdirigistischen Ansatz durchgesetzt. Nach dieser politischen Main-Stream-Konnotation aller anderen Parteien scheint die Bevölkerung lieber über „Schrumpfungsprozesse“ und Risiken reden zu wollen. Die Debatten zu „Stuttgart 21“, Gentechnik, Kriminalitätsangst, Armutsängste und Klimakatstrophen sind Beispiele dafür. Dem müssen Liberale etwas entgegensetzen.

Denn: Diskussionen allein über die Risiken des Lebens sind pessimistisch, defensiv bewahrend und in der politischen

Auseinandersetzung deutlich zu destruktiv. Die Antwort muss sein: „Im Zweifel für die Freiheit und für die Chancen“. Ich glaube, jeder, der etwas erreichen will, denkt anders! Jeder, der für sich, seine Familie und seine Mitmenschen, seine Gesellschaft etwas positiv verändern will, denkt anders! Der, der neugierig ist, andere Menschen kennenlernen will oder experimentieren will, denkt anders! Auch der, der sich im kritischen Diskurs, im Wettkampf um die besten Leistungen oder Ideen, messen will, denkt anders!

Wer, wie konservativ-rot-grün-schwarze, vor allem über die Risiken redet, schürt Angst und will damit das Bewahrende, die eigene Sicherheit in den Vordergrund stellen. Zukunftsängste sind nicht kreativ. Natürlich müssen auch die Risiken betrachtet werden - doch die Chancen sollten im Zweifel der erste Antrieb sein: im Zweifel für die Freiheit! **Wer sich Ziele setzt, will wachsen.**

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Ökonomisch ist die Verbreiterung des Wohlstandes ein Wachstumsprozess; gesellschaftlich-geistig ist die Erweiterung der Erkenntnisse, der Werte, ein Wachstumsprozess.

Menschen streben nach Besserem, nach Wachstum. Jedes Individuum will besser werden: Kinder wollen körperlich wachsen und lernen, Eltern wollen mehr Kinder, also eine gedeihliche, größere Familie, Erwachsene wollen ihre Erkenntnisse verbessern, ihre Ziele im Leben verwirklichen – also auch hier wachsen. Wer Wachstumsziele aufgibt, gibt auch die Bereitschaft zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auf. Erst durch den Willen zum „besser werden“, den Willen sich mehr Wohlstand, mehr Stärke zu verschaffen, sind die wesentlichen Ideen und Entwicklungen möglich geworden – und da muss zur Verdeutlichung eigentlich nicht darauf hingewiesen werden müssen, dass es selbst in der Steinzeit menschliches

Bestreben war, z.B. mit der Nutzung von Werkzeugen, z.B. durch die Erfindung des Rades immer besser leben zu können. **Bedeutsam ist dabei nicht automatisch nur quantitatives Wachstum, sondern auch im Wettbewerb der Ideen und Entwicklungen ein qualitatives Wachstum.**

Wohlstand gilt es zu verteidigen und auszubauen. Wer keinen Wohlstand will, soll auch sagen, weshalb er keine bessere Bekämpfung von Krankheiten, keine freie Kommunikation zwischen Menschen, keine besseren Bildungs- und Erkenntnischancen, keine bessere Lebensmittelversorgung für alle Menschen, keine bessere Mobilität oder keine Stärkung der kulturellen Weiterentwicklung will. **Wer das grün-konservative Denken der Sehnsucht nach Einfachheit, nach „Einschränkung“, Askese oder nach der „Bremse des Kapitalismus“ will, soll ins Kloster gehen.** Individuell kann und muss jeder entscheiden, wie er sein Leben gestaltet. Aber eine politische



Hartfrid Wolff, MdB im Berliner FDP-Bundestagsfraktionssaal
Foto: Kiessling

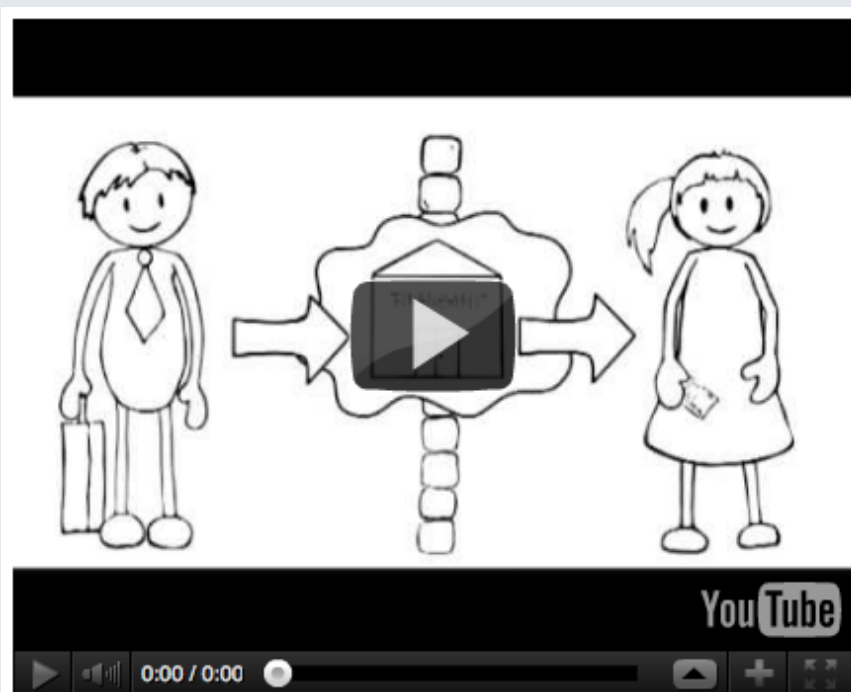
Doktrin der Verlangsamung, der vermeintlich moralisch besseren Einfachheit, der scheinbar moralisch besseren Mobilität, der rückwärtsgewandten Forschung, des rückschrittlichen Wirtschaftens kann und darf nicht vorherrschend werden. Wer allein Bewahren will, will vor allem seine eigenen Pfründe sichern. Nur geistig satte, dämonisch-pessimistische, selbstverliebte oder vom Endzeitpunkt des Lebens überzeugte Gesellschaften sorgten in der Geschichte – auch im Wege der selbstverwirklichten Prophezeiung – dann für ihren eigenen Untergang. Ich will keine Dekadenz des Rückschritts in Deutschland! **Ich will keine Sicherung oder Bewahrung von Strukturen und Erkenntnissen, die allein die aktuellen Eliten schützen und Aufstiegschancen verhindert!**

Der Mensch ist besser als sein Ruf. Ich habe großes Vertrauen und Hoffnung in die Menschen. Es wird weiter gehen mit allen Chancen für uns und alle weiteren Generationen!

Das aktuelle Video

Neu: Video erklärt das liberale Bürgergeld

Das Bürgergeld ist das soziale Modell, das Anreize für Arbeit schafft, den Bedürftigen hilft und dafür sorgt, dass der Empfang von Sozialleistungen nicht zum Lebensstil wird. Ein neues Video erklärt das Bürgergeld so, dass jeder versteht, worum es geht:



Zur Stiftungsinitiative "umSteuern - Freiheit braucht Mut!"

Das Video kann über die Internetseite:

http://www.freiheit.org/webcom/show_article_bb.php/_c-616/_nr-10287/i.html angesehen werden.

Impressum

Herausgegeben von:
Hartfrid Wolff MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Internet: www.hartfrid-wolff.de

Tel: 030-227-75217
Fax: 030-227-76217
hartfrid.wolff@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Schwabstraße 31
71332 Waiblingen
Telefon: 07151/98 55 650
Telefax: 07151/98 58 649
E-Mail: Hartfrid.Wolff@wk.bundestag.de

Aus dem Bundestag

Finanzmarkt

Der Bundestag hat am 25.1.2012 dem so genannten Zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetz zugestimmt, das Banken gegen künftige Finanzkrisen rüsten soll. Im Kern geht es um die Stärkung der Eigenkapitalanlage von Banken. Mit Blick auf die Schuldenkrise forderte FDP-Finanzexperte **Florian Toncar**, die Regelung auf EU-Ebene auszuweiten. Zudem stellte er in seiner Rede gegenüber der Opposition klar, dass es sich bei dem Regelwerk nicht um ein Rettungsgesetz für Pleitebanken handele. Für einen solchen Fall greife das Bankenrestrukturierungsgesetz, mit dem systemrelevante Banken, deren Geschäftsmodell sich als falsch erwiesen habe, nicht durch Steuergelder künstlich am Leben erhalten werden, sondern geordnet vom Markt genommen werden. Mit dem Gesetzentwurf werden vielmehr die Ende 2010 ausgelaufenen Instrumente des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) erneut vollständig nutzbar gemacht. Die Eigenkapitalanlage der Kreditinstitute sei als Sicherheitspuffer für unvorhersehbare Finanzkrisen geschaffen worden, um „Banken mit Airbags auszurüsten“, erklärte Toncar. Bis zum 30. Juni haben insgesamt sechs Banken den Auftrag, sich „aus eigenen Mitteln“ gegen den Krisenfall abzusichern.

Der FDP-Finanzpolitiker **Björn Sänger** zeigte sich zuversichtlich, dass die sechs Banken die Aufgabe alleine stemmen können. „Aber der vorsichtige Kaufmann baut eben vor“, so der Liberale. Es handele sich bei dem Gesetz vor allem um eine Präventivmaßnahme für künftige Ernstfälle. Damit rüste sich die Bundesregierung für alle Eventualitäten. Die Unterstützung werde mit Gegenleistungen und Kosten verbunden sein. Selbstverständlich, so Sänger, werde im Gesetz festgeschrieben, dass die Hilfgelder nicht für Boni-Auszahlungen verwendet werden dürfen. Auch werde vor der Gewährung von Finanzhilfen ausgiebig geprüft, ob nicht eher das Bankenrestrukturierungsgesetz angewandt werden sollte.

Afghanistan

Der Bundestag hat die Verlängerung des Isaf-Mandats um ein weiteres Jahr beschlos-

sen. Der neue Vorsitzende des Arbeitskreises I „Internationale Politik“ der FDP-Bundestagsfraktion, **Rainer Stinner**, sagte, das strategische Konzept der Bundesregierung habe entscheidend zu einer Verbesserung der Lage in Afghanistan beigetragen. Diesen positiven Entwicklungspfad gelte es nun fortzuführen. Seit 2010 habe sich die Sicherheitslage auch messbar verbessert, so Stinner weiter. Das ließe sich an der rückläufigen Zahl der Gefechte und Anschläge ablesen. Auch in allen Dimensionen des zivilen Aufbaus - Kindersterblichkeit, Zugang zu Wasser, zu Bildung oder Krankenhäusern - gebe es „eine eindeutig positive Entwicklung“, so der FDP-Außenpolitiker. Die Übergabe der Sicherheitsverantwortung komme ebenso voran, betonte Stinner. Schätzungen zufolge seien bereits jetzt 25 Prozent der afghanischen Bevölkerung unter dem „Sicherheitsschirm der eigenen Sicherheitsbehörden“. Der positive Pfad spiegele sich auch in dem Mandat wieder. „Erstmals gibt es eine Reduzierung der Truppen auf 4.900 Soldaten.“

Die sicherheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, **Elke Hoff**, sprach sich dafür aus, vernünftig mit dem behutsamen Abzug der deutschen Truppen in Afghanistan zu beginnen. Die Abzugsplanung sei dabei von vielen Parametern abhängig, insbesondere der Lage vor Ort und den Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte. Hoff erinnerte an die Verantwortung des Parlaments für die Frauen und Männer im Einsatz, deren Sicherheit nicht durch einen unüberlegten Rückzug gefährdet werden dürfe.

Neonazi-Morde

Der Bundestag hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Neonazi-Mordserie beschlossen. Das Gremium, das mit breiter Mehrheit auf Grundlage eines fraktionsübergreifenden Antrags eingesetzt wurde, wird sich mit der Arbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden im Fall des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) befassen. Auch die Strukturen von Verfassungsschutz, Bundes- und Landeskriminalämtern will der Ausschuss auf den Prüfstand stellen. Die Länder werden durch eine

paritätisch besetzte Experten-Kommission in die Untersuchung eingebunden. FDP-Innenexperte **Hartfrid Wolff** bekräftigte den Anspruch von Opfer-Angehörigen und demokratischer Öffentlichkeit auf eine „lückenlose Aufklärung“. Es sei der Eindruck entstanden, als hätten Verfassungsschutz- und Kriminalämter von Bund und Ländern „nebeneinander her gearbeitet“ und einen „Ressort-Egoismus“ bei der Verteidigung von Zuständigkeiten an den Tag gelegt. Für ihn steht daher fest: „Wir brauchen eine neue Sicherheitsarchitektur“, an der die Länder mitarbeiten sollen.

Der rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Christian Ahrendt**, sieht das Vertrauen in den Rechtsstaat als Ganzes nicht erschüttert, der „mehr als die Summe seiner Behörden“ sei. Wohl aber befänden sich die Sicherheits- und Ermittlungsorgane in einer Krise. Er sprach von einer „Serie von Ermittlungsspannen“ bei der Verfolgung und Überwachung der untergetauchten Thüringer Rechtsextremisten.

Holocaust-Gedenken

Der Bundestag hat am 26.01.2012 zum 67. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Bundestagspräsident Norbert Lammert mahnte, alle Menschen müssten frei und gleich und ohne Angst leben können. Allerdings hätten die vergangenen Wochen und Monate mit der Aufdeckung der rechtsextremen Mordserie gezeigt, dass dieses Ziel noch nicht erreicht sei. Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki erinnert in einer Gedenkrede an die Verfolgung der Juden und den von den Nazis organisierten Völkermord. Der 91-Jährige, Zeitzeuge und Überlebender des Warschauer Ghettos, sagte zum Schluss seiner bewegenden Rede bilanzierend: „Die in den Mitvormittagsstunden des 22. Juli 1942 begonnene Deportation der Juden aus Warschau nach Treblinka dauerte bis Mitte September. Was die ‚Umsiedlung der Juden‘ genannt wurde, war bloß (...) eine Aussiedlung, die Aussiedlung aus Warschau. Sie hatte nur ein Ziel, sie hatte nur einen Zweck - den Tod.“

Meine Internetseite



NEUE KAMPAGNE ZUM WACHSTUM
Anlässlich der "Internationalen Grünen Woche 2012" hat Patrick Döring das erste Motiv einer neuen FDP-Kampagne enthüllt.

Schülerwettbewerb des Bundesjustizministeriums

Schüler gegen Rechts!

Zu dem Schülerwettbewerb des Bundesjustizministeriums gegen Rechtsextremismus erklärt Hartfrid Wolff:

Gerade junge Menschen wenden sich zu Recht gegen Rechtsextremismus. Das Bundesjustizministerium hat einen Schülerwettbewerb ins Leben gerufen, der Ideen gegen Rechtsextremismus fördern und auszeichnen will. Jugendliche sollen sich Gedanken machen, was sie ganz persönlich in ihrem Freundeskreis, an der Schule oder in unserer Stadt gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Diskriminierung unternehmen können. Welche Möglichkeiten gibt es im Internet, sich für Toleranz und gegen Intoleranz stark zu machen? Mit welchen Aktionen kann man im Alltag deutlich machen: Toleranz zeigt sich im Handeln?

„Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine Aufgabe von uns allen. Der Ansatz der Justizministerin, dabei auch auf die Ideen und die Kreativität unserer Jugendlichen zu setzen, ist hervorragend, und **ich unterstütze den Wettbewerb mit ganzer Kraft**. Rechtsextremismus muss aus der Mitte der Gesellschaft bekämpft werden“, so Hartfrid Wolff.

Weil der Rechtsextremismus auch Netzwerke bis in die Mitte der Gesellschaft aufzuspannen versucht, muss die Ursachenbekämpfung in der Gesellschaft ansetzen. Rechtsextreme können auf Strukturen aufbauen, die

eine bürgerliche Fassade in der Mitte der Gesellschaft vortäuschen - dagegen hilft zivilgesellschaftliches Engagement. Gerade auch vor den jüngsten rechtsextremistischen Straftaten ist es entscheidend, dass die gesamte Gesellschaft, egal welchen Alters, sich engagiert.

Informationen zum Wettbewerb:

Ausgezeichnet werden die besten Ideen, Konzepte und Aktionen gegen Rechtsextremismus. Bewertet werden die Idee und die Umsetzung. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt: Alle Teilnehmer schicken ein Video, gestalten eine Webseite, machen eine Fotoreportage, schreiben einen interessanten Aufsatz, ein Essay oder bauen eine Collage. Wichtig ist, dass deutlich wird, was die Jugendlichen konkret gegen Rechtsextremismus unternehmen wollen und bereits tun.

Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 14 und 20 Jahren (es zählt das Alter bei Abgabe des Wettbewerbsbeitrages). Beiträge können einzeln, als kleine Gruppe oder als ganze Schulklasse eingereicht werden. Die besten Wettbewerbsarbeiten werden von einer Jury ermittelt, der auch Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger angehört.

Info:

Einzelheiten und weitere Informationen unter: www.gerechte-Sache.de/wettbewerb

Griechenland muß sich mehr anstrengen



Rainer Brüderle MdB, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag.
Foto: FDP

Berlin, 07.02.2012 - FDP-Fraktionschef **Rainer Brüderle** hat sich für einen Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone aber für mehr Anstrengungen des Mittelmeer-Landes ausgesprochen. In der SWR-Talkshow "2+Leif" sagte Brüderle: "Das Kernproblem Griechenlands ist, dass es nicht wettbewerbs-

fähig ist. Das kann man nicht lösen, indem man sie mit Geld zuschüttet, sondern indem die sich auf den Weg machen, die unterlassenen Reformen anzupacken."

Die Verhandlungen über das geplante zweite Rettungspaket für Griechenland gehen nur schleppend voran. Ministerpräsident Lukas Papademos ringt mit den Führern der größten Parteien um eine schriftliche Erklärung, in der sie sich auf die Umsetzung der von der Troika geforderten Reformen verpflichten. Unterdessen wächst der Druck: Die EU-Kommission sowie die Regierungen Deutschlands und Frankreichs drängen Athen zur Eile, bevor die Euro-Gruppe über die neuen Hilfen berät.

Brüderle forderte in der ARD-Sendung "2 + Leif" die griechische Regierung auf, "die unterlassenen Reformen anzupacken." Die europäische Solidarität sei "keine Einbahnstraße" und müsse mit Gegenleistungen für die von der Gemeinschaft gewährte Hilfe beantwortet werden.

Brüderle warnte vor einer Erlahmung des Reformeifers durch mögliche Neuwahlen in Griechenland: "Es ist eine griechische Entscheidung, wann sie wählen, aber ich hielte es für sinnvoll, wenn sie nicht gerade in einer solchen Phase, wo sie sich zusammenraufen müssen, unmittelbar unter Wahlkampfdruck setzen. Wie sie ihren Weg gehen, ist ihr Bier, aber es ist natürlich schwer drei Monate vor Wahlen solche Entscheidungen parlamentarisch zu verkraften."

Brüderle fügte hinzu: "Solidarität ist keine Einbahnstraße. In Rheinland-Pfalz sind wir sehr gastfreundlich. Wenn Sie da einen Gast zu einem Glas Wein einladen, oder zwei, dann ist das in Ordnung. Aber eine Freundschaft, die daraus besteht, dass der eine nur trinkt und der andere nur zahlt ist keine Dauerfreundschaft."

Ich bin in der FDP weil....



Joachim Kiessling
Winnenden

unsere Partei für die Freiheit steht! Liberale wie Theodor Heuss und Reinhold Maier aus unserem Land waren es, die unseren demokratischen Staat zu dem aufgebaut haben, was für uns heute selbstverständlich ist: Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Gewerbefreiheit, Freies Unternehmertum und Selbstverantwortung fallen mir hier ein. Das freisinnige Denken und Handeln wird auch weiterhin ein Kernbereich liberaler Politik sein. Mehr Freiheit - weniger Staat! Der Staat soll nur solche Aufgaben erhalten, welche die Bürger einzeln nicht erfüllen können.



Das gefällt mir seit 29 Jahren!

Aus Europa

Neue EU-Datenschutz-Richtlinie

Die EU-Kommission legte am 25.01.2012 Vorschläge zur Reform der EU-Datenschutzregeln vor. Insbesondere persönliche Daten europäischer Bürger sollen künftig besser geschützt sein. Aber auch Unternehmen, Polizei und Justiz sollen zu größerer Sorgfalt beim Umgang mit Personendaten verpflichtet werden. Die FDP-Bundestagsfraktion begrüßt die vorgestellten Entwürfe für eine Überarbeitung des Datenschutzrechts auf europäischer Ebene grundsätzlich, da diese seit langer Zeit reif für eine grundlegende Modernisierung waren. Allerdings ist im speziellen auch zu kritisieren, dass einige der Vorschläge bereits veraltet sind, bevor sie überhaupt Wirkung entfaltet haben. So erklärte die innenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion **Gisela Piltz**, dass die „nötige Differenzierung bei der Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens an nicht wenigen Stellen zu einer beträchtlichen Benachteiligung von Meinungsfreiheits- und Kommunikationsrechten führt. Ziel des nun anstehenden Verfahrens muss sein, das Persönlichkeitsrecht des Einzelnen mit den berechtigten Interessen Dritter in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.“ Außerdem, so Piltz, dürfen harmonisierte Datenschutzregeln „natürlich nicht zu einem Absinken des in Deutschland vorhandenen Schutzniveaus führen“.

Europapolitische Personalentscheidungen (Übersicht EP anbei) In dieser Woche wurden weitreichende Personalveränderungen auf europäischer- und bundespolitischer Ebene getroffen. Zunächst wurde der Vorsitzende des Arbeitskreises internationale Politik und europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, **Michael Link**, am 23.01.2012 zum Staatsminister im Auswärtigen Amt ernannt. Er folgt **Werner Hoyer**, der seit dem 1. Januar 2012 Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) ist. Michael Link ist im Auswärtigen Amt für Europafragen zuständig und designierter Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Ebenfalls am Dienstag wählte die FDP-Bundestagsfraktion den außenpolitischen Sprecher **Rainer Stinner** auf Vorschlag des FDP-Fraktionsvorsitzenden **Rainer Brüderle** und des zuständigen Arbeitskreises einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises I – Internationale Politik. Neuer Sprecher für europapolitische Fragen der FDP-Bundestagsfraktion ist **Joachim Spatz**, der bereits ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union ist. **Gabriele Molitor** ist Obfrau des EU-Ausschusses. Um liberale Positionen auf europäischer Ebene zu diskutieren und abzustimmen, treffen die Fachpolitiker aller

Arbeitskreise mit Ländervertretern und FDP-Mitgliedern im Europäischen Parlament regelmäßig in der Querschnitts-AG „EU-Koordinierung“ zusammen. Diese steht ab sofort unter der gemeinsamen Leitung von **Rainer Stinner**, dem Vorsitzenden des Arbeitskreises I, der innenpolitischen Sprecherin und stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion **Gisela Piltz** und dem Europaabgeordneten **Michael Theurer**. Gisela Piltz übernimmt die Position von Hartfrid Wolff, der nun Obmann im 2. Untersuchungsausschuß (Rechtsextremismus) ist.

Nachdem **Alexander Alvaro** letzte Woche zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gewählt wurde, folgten in dieser Woche die Wahlen der Ausschussvorsitzenden und zuständigen Koordinatoren in den Fraktionen. Dabei hat die FDP im EP nun auch erstmalig den Vorsitz eines Ausschusses errungen. Der handelspolitischer Sprecher der FDP im EP, **Michael Theurer**, wurde zum Vorsitzenden im Haushaltskontrollausschuss (CONT) des Europäischen Parlaments gewählt und hat somit von nun an darauf zu achten, dass in Europa Steuer-gelder effizient ausgegeben werden. Der Vorsitzende der FDP im EP **Alexander Graf Lambsdorff** wies darauf hin, dass „die Besetzung dieser Schlüsselposition ein Erfolg für die FDP im EP ist und zeigt, dass wir die Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ernst nehmen.“ Darüber hinaus wurde **Nadja Hirsch** zur 1. stv. Vorsitzenden im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) gewählt. Koordinatoren sind **Gesine Meissner** im Ausschuss Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) und **Jorgo Chatzimarkakis** im Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO).

Eurostabilität

Die Finanzminister des Eurogebiets verständigten sich am 22.1.2012 auf Grundlinien eines Vertrags für mehr Haushaltsdisziplin. Diesen Montag sind nun die Staats- und Regierungschefs zu einem EU-Sondergipfel zusammenkommen, um sich auf die endgültige Fassung des Textes zu verständigen. Die Unterzeichnung ist jedoch weiterhin für die nächste ordentliche Tagung des Europäischen Rates am 1. und 2. März 2012 vorgesehen. Vorgesehen ist eine Ratifizierung bis spätestens Anfang 2013 und Überführung in nationales Recht bis Anfang 2014. Wann eine Überführung des Fiskalpakts in den Rahmen der EU-Verträge und damit in das Primärrecht der Europäischen Union erfolgen kann, ist weiterhin offen. Der Krisenfonds ESM soll aber bereits am 1. Juli 2012 - und damit ein Jahr früher als ursprünglich geplant - starten und einen verfügbaren Umfang von 500 Milliarden Euro haben. Als wichtige Neuerung wird er über ein Barka-

pital von 80 Milliarden Euro verfügen und damit unabhängiger von Bewertungen der Ratingagenturen werden. Deutschland muss davon einen Betrag von rund 22 Milliarden Euro stemmen. Da ursprünglich vorgesehen war, mit dem ESM die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) Mitte 2013 abzulösen, werden beide Stabilisierungsmechanismen bis dahin parallel laufen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Einführung einer Schuldenbremse in allen Ländern eine Kernforderung der FDP ist, „denn wir müssen ja, wenn wir einen gemeinsamen Finanzmarkt haben und wenn wir in die Fiskalunion hineingehen wollen, auch für alle gleiche Spielregeln haben. Das ist wie beim Fußballspielen. Es geht nur nach gemeinsamen Regeln.“

Dänemarks Prioritäten der nächsten 6 Monate

Mit Beginn des Jahres 2012 hat Dänemark die EU-Ratspräsidentschaft für die kommenden sechs Monate übernommen. Am Mittwoch stellte sie ihr Programm dem Europäischen Parlament in Straßburg vor. Der Fokus soll demnach auf der Aufrechterhaltung und Stärkung des Wirtschafts- und Technologiestandortes eines sicheren Europas unter Berücksichtigung umweltpolitischer Möglichkeiten liegen. Um dies zu verwirklichen, sieht sich die dänische Präsidentschaft u.a. verpflichtet, sich für einen Haushaltsplan einzusetzen, mit dem das Haushaltsdefizit der Mitgliedsstaaten besser entgegengewirkt werden soll. Ferner möchte Dänemark im Rahmen ihrer Prioritäten die Modernisierung und Weiterentwicklung des Binnenmarktes vorantreiben und Unternehmen bei der Findung von Handelsopportunitäten mit EU-externen Handelspartnern unterstützen. Weiterhin sollen die Wettbewerbsfähigkeit des Technologiestandortes Europa sowie zahlreiche Initiativen in den Bereichen der Energieeffizienz und erneuerbaren Energie gefördert werden. Das primäre Ziel der Bereitstellung von Sicherheit und Freiheiten der Bürger kann nach Meinung der dänischen Ratspräsidentschaft durch den Kampf gegen Terrorismus, Grenzriminalität sowie der Entwicklung eines gut funktionierenden Europäischen Asylsystems erreicht werden. Es ist abzuwarten, inwiefern sich diese Ziele in den kommenden Monaten realisieren lassen.



IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

26. Januar 2012

Untersuchungsausschuß Rechtsextremismus muß lückenlos aufklären

In der Plenardebatte zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses Rechtsextremismus am 26.01.2012 erklärt der FDP-Fraktionsvorstand für Innen- und Rechtspolitik, Hartfrid Wolff:

Die Enthüllungen der letzten Wochen haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Sicherheitsbehörden nachhaltig beschädigt. Bei den Morden der Zwickauer Zelle handelt es sich um die bislang schwerwiegendsten neonazistisch motivierten Gewaltverbrechen, die die Bundesrepublik Deutschland erlebt hat. Es gab - vornehmlich in rot-grüner Regierungszeit - schon jetzt erkennbare, erhebliche und kaum faßbare Fehler und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine lückenlose und einheitliche politische Aufklärung dieser Fehler. Deshalb muß neben einer juristischen Aufarbeitung durch den Generalbundesanwalt nun auch eine politische Aufklärung erfolgen. Es muß geklärt werden:

- Wer wußte was?

- Wer hat für diesen Dilettantismus der Sicherheitsbehörden die Verantwortung?

- Wie können wir den braunen Sumpf trocken legen?

Die Fragen nach den Konsequenzen sind wir den Opfern, sind wir der schockierten deut-



Hartfrid Wolff, MdB im Plenum des Deutschen Bundestages Foto: FDP

schen Öffentlichkeit und unserer Demokratie schuldig.

Die FDP-Fraktion hat von Anfang an die Möglichkeit eines Untersuchungsausschusses erwogen. Insofern stimmt es nicht, daß die Größe des Ausschusses verändert werden müsse, damit die Fraktionen, die von Anfang an so einen Ausschuß erwogen hatten, die Viertelminorität erreichen. Sie wird erreicht.

Die SPD hat in den letzten Wochen mehrmals ihre Meinung gewechselt und trägt die Verantwortung dafür, daß wir erst in diesem Jahr die Verfahrensfragen abschließend besprechen konnten. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Um so mehr freue ich mich, daß sich nun alle Fraktionen auf den Ausschuß geeinigt haben.

Die FDP hat von Anfang an auf **lückenlose Aufklärung** gedrängt. Zuviel ist augenscheinlich vor allem auch in der Koordination der Behörden schief gelaufen, zu sehr belasten diese Morde das Ansehen unserer Sicherheitsorgane im In- und Ausland. Insbesondere steht der Eindruck im Raum, die Länder haben nebeneinanderher gearbeitet. Es wäre deshalb unverantwortlich, wenn sich die Innenminister der Länder verweigern, ihren Beitrag zur politischen Aufarbeitung zu leisten. Der Bund hat nach dem Grundgesetz die Alleinzuständigkeit für die Gesetzgebung im Bereich der Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden. Offenbar sind sich manche Länder-Dienststellen nicht der Verantwortung bewußt, die ihnen der Bund durch das sehr länderfreundliche derzeitige Bundesverfassungsschutz-Gesetz einräumt.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat schon jetzt sehr weite Kompetenzen, auch Informationen aus den Bundesländern einzuziehen. Hier erwarte ich im Ausschuß erheblich mehr an Informationen. Das Nebeneinander der Sicherheitsbehörden, die unverhohlene Verteidigung von Ressortegoismen und auch von Kompetenzen im Bund-Länder-Verhältnis muß auf den Prüfstand. Wer nicht kooperiert, schafft Sicherheitslücken! Das war bei der Beobachtung der Sauerlandgruppe so, das ist jetzt schon wieder so. Wir brauchen eine neue Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung der Länder.

Die bisherigen Initiativen des Bundesinnenministers für ein „**Gemeinsames Abwehrzentrum**“ und die Zusammenführung von Daten weisen in die richtige Richtung. Weitere, organisatorische Maßnahmen sind nötig.

Der Untersuchungsausschuß hat die Aufgabe, zu ermitteln, welche Fehler gemacht wurden. Nur so können wir verhindern, daß sich derartiges wiederholt. Die FDP wird auf lückenloser Aufklärung bestehen und konsequent und konstruktiv im Ausschuß mitarbeiten.

Hartfrid Wolff ist Obmann der FDP-Fraktion im 2. Untersuchungsausschuß

Ich bin in der FDP weil....



Jürgen Schulte
Remshalden

unsere Partei sich für die Interessen des Mittelstandes und der kleinen Betriebe einsetzt! Gerade die kleinen Betriebe, oftmals Familienbetriebe, sind die Basis und die Stütze unseres Wohlstandes. Familienunternehmen sind gekennzeichnet durch die Einheit von Eigentum, Leitung, Haftung und Risiko.

Gerade wir im Remstal sind uns dessen bewußt!

Liberalen Abgeordnete aus dem Remstal vertreten und vertreten auch heute diese Gruppe wie keine andere Partei!



Das gefällt mir seit über 16 Jahren!